

Großsiedlungen als Chance

Leipziger Diskurs 2001 zur integrativen Stadtentwicklung

Integrative Stadtentwicklung: Großsiedlungen als Herausforderung und Chance –so lautete das Thema eines Kommunalpolitischen Forums, zu dem sich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, des Freistaates Sachsen und der Stadt Leipzig mehr als 300 Experten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft im Neuen Rathaus der Stadt Leipzig trafen.

Kommunalpolitik und Wohnungswirtschaft sind vom Trend „mehr Wohnungen als Menschen“ unmittelbar und massiv betroffen. Wohnungsleerstand steht damit ganz oben auf der kommunalpolitischen Agenda der Städte und Gemeinden in den neuen Ländern. „Plattensiedlungen“ sind davon ebenso betroffen wie Gründerzeitviertel.

Viele Kommunen in den neuen Ländern sind von einem dramatischen Bevölkerungsrückgang betroffen. Gründe dafür sind die Abwanderung der jungen Generation und in zunehmendem Maße die sinkende Zahl der Haushalte. Treibende Kraft für diese Entwicklung ist der Arbeitsmarkt sowie der Wunsch nach mehr Wohn-

qualität in zeitgemäßen Wohnformen.

Die Fakten verlangen nach Krisenmanagement sowie Zukunftsgestaltung. Mit Blick auf die Stadt der kommenden Generation führt der Weg von der „Wachstumsphilosophie“ hin zum Management „schrumpfender Städte“.

Die Zukunft lässt sich gestalten durch eine facettenreiche Aufwertungsdiskussion auf der Grundlage „intelligenter Lösungen“ und schlüssiger Konzepte für eine integrative, nachhaltige Stadtentwicklungspolitik.

Das bedeutet keine einseitig geprägten Wege, sondern eine plausible Synthese von alt und neu, Innenstadt und Peripherie mit Umbau, Neubau und – wo erforderlich – auch Abriss. Wenige, nachprüfbar, plausible Angaben – in einem Grobkonzept zusammengeführt – sind die notwendige Voraussetzung für jede Lösungsstrategie mit staatlicher Förderung.

Ausgangspunkt solcher „Integrierter Stadtentwicklungskonzepte“ ist eine gründliche, realistische Analyse und nicht ein „schön reden“ der Entwicklungsgegebenheiten. Entscheidungsträger aus

Kommune und Freistaat, aus Wohnungs- und Finanzwirtschaft sind als unmittelbar betroffene Akteure über ein „gemeinsames Nachdenken“ hinaus gefordert, einen Pakt der Vernunft mit akzeptablen Lösungen zu realisieren. Das wird nur gelingen, wenn die Lasten gerecht auf alle Schultern verteilt werden.

Leerstand betrifft Städte; deshalb tut hier Kompetenzzuwachs Not. Als maßgeblichen Akteuren steht ihnen diese ureigenste Kompetenz zu, denn sie tragen als Moderatoren die Verantwortung für den notwendigen Wandlungsprozess: Stadt lebt davon, dass sich Stadt verändert. Dies gilt gleichermaßen für Stadtzentrum und Plattensiedlung – „Plattensiedlung wird Stadt“.

Nachhaltige Stadtentwicklung lebt auch vom dynamischen Rückbau überholter Stadtstrukturen. Dafür sind finanzielle Voraussetzungen durch effiziente und praktikable Förderinstrumentarien zu schaffen. Bund und Freistaat sind hier in gleicher Weise gefordert. Umbau von Stadtstrukturen ist teuer, untätiges Warten ist noch teurer. Die Zeit drängt. Dialog ist angesagt!

Peter-Paul Dreesbach, Henning Walcha

„Mittelstandsfeindlich und kostentreibend“

Berliner Mittelstandsforum zur Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz

Das Berliner Mittelstandsforum der Konrad-Adenauer-Stiftung befasste sich in seiner letzten Sitzung mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Referentenentwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Unter der Moderation von Marie-Luise Dött MdB erläuterten Dorothea Störr-Ritter MdB, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, und Roland Wolf, Abteilungsleiter Arbeitsrecht in der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA), ihre Positionen.

Frau Dött erklärte, dass sich das Gesetz bewährt habe. Es sei ein Kernstück der

Marie-Luise Dött MdB mit Paul B. Wink beim Berliner Mittelstandsforum
Foto: Wagner

